

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den Wilsdruff. Der Abdruck in der Wilsdruffer Zeitung ist für den Wilsdruff. Der Abdruck in der Wilsdruffer Zeitung ist für den Wilsdruff. Der Abdruck in der Wilsdruffer Zeitung ist für den Wilsdruff.

Angelagerter: Die Wilsdruffer Zeitung ist für den Wilsdruff. Der Abdruck in der Wilsdruffer Zeitung ist für den Wilsdruff. Der Abdruck in der Wilsdruffer Zeitung ist für den Wilsdruff.

Nr. 49. — 86. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 28. Februar 1927

Briands Deutschlandrede.

Wir Deutsche sind ganz außerordentlich zufrieden, wenn wir einmal aus Frankreich ein paar Worte hören, die unserem Standpunkte besonders in der Frage der Rheinlandbesetzung gerecht zu werden versuchen. Der französische Außenminister Briand wird sich deswegen in Deutschland viele Freunde erworben haben, daß er soeben in einer Unterredung, die er mit einem Verliertatter des „Petit Parisien“ gehabt hat, erklärte, er wundere sich gar nicht darüber, daß Deutschland die Befreiung seines Gebietes verlange. „Ist Deutschland nicht im Recht? Täten wir an seinem Plage nicht ebenso?“ sagte er.

Aberhaupt ist diese Rede recht vernünftig, vom deutschen Standpunkt aus gesehen. Briand sagte, man müsse überhaupt nicht immer auf das sehen, was noch erreicht werden soll in der Regelung der deutsch-französischen Beziehungen, sondern man solle doch auch einmal zurückblicken, um die Strecke zu übersehen, die schon zurückgelegt worden ist. Freilich ist für Briand der Frieden von Versailles der unabänderliche Ausgangspunkt und mit einer für einen Franzosen verständlichen Genugung stellt er fest, daß der Versailler Frieden durch den Vertrag von Locarno aus einem Zwangsakt, das nur unter der Drohung der Bajonette angenommen worden ist, zu einer freiwillig übernommenen Vereinbarung wurde. Das ist an und für sich richtig, entbindet Deutschland aber nicht von der Pflicht, alles zu versuchen, um den Versailler Vertrag zum mindesten in seinen schärfsten Bestimmungen unerschütterlich zu machen.

Briand erkennt an, daß der deutsche Außenminister Dr. Stresemann nichts gesagt habe, was irgendwie mit dem Versailler Vertrag im Widerspruch stünde. Er stellt das weiterhin fest, daß die Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn anderer Natur sind als die nach dem Westen. Freilich habe sich Deutschland auch nach dem Osten hin verpflichtet, von jeder Gewaltanwendung abzusehen. Aber es gäbe die Hoffnung nicht auf, dort durch Verhandlungen eine Abänderung der Versailler Grenzbeziehungen zu erreichen. In den Beziehungen Deutschlands zum Westen ist nach Briands Meinung eine reifere Ordnung eingetreten, die fast zum Vorteil Frankreichs ausschlage. Briand stellt sich nämlich auf den Standpunkt, daß bei einem deutschen Angriff auf Frankreich, also bei einem Verstoß gegen den Vertrag von Locarno, ohne weiteres England und Italien Frankreich zur Seite stehen würden. Das ist richtig, ist uns auch bekannt. Sehr viel weniger erfreulich für uns ist aber, daß das offizielle Frankreich immer noch auf dem Standpunkt steht, es sei berechtigt, durch die neutrale Zone im Rheinland hindurchzumarschieren, wenn seine Verbündeten, also Polen und die Tschechoslowakei, von irgend jemand angegriffen werden. Briand sagt keineswegs etwa, wer der Angreifer sein soll, beschränkt also sein sogenanntes Recht auf freien Durchmarsch durch das Rheinland nicht auf den Fall, daß Deutschland der Angreifer ist; also müßte man mit der Möglichkeit rechnen, daß Frankreich nicht bloß durch die entmilitarisierte Zone, sondern durch ganz Deutschland seine Truppen hindurchzuführen wolle, wenn etwa Polen von Rußland „angegriffen“ wird, und diese Truppenbeförderung als gutes Recht in Anspruch nimmt. Damit würden die ganzen Streitfragen wieder aufgelöst, die sich um den Art. 16 des Völkerbundstatuts gebildet haben.

In der Abwehr derartigen Anschauungen sind sich in Deutschland wohl alle Parteien einig, aber gewissen Anschauungen in Deutschland gegenüber kann man das Wort zitieren, das Briand jenem französischen Journalisten des „Petit Parisien“ gegenüber gesprochen hat hinsichtlich der sogenannten Unruhmäßigkeiten, die im Ausland wegen der Teilnahme der Deutschen am Kabinett Mars entstanden seien. Briand meinte, das beste ist doch, erst einmal die Taten des Kabinetts Mars abzuwarten. Der französische Außenminister äußerte weiter die Ansicht, daß die Deutschen durch ihre Zustimmung zu den außenpolitischen Richtlinien des Kabinetts Mars die außenpolitischen Verpflichtungen Deutschlands garantiert hätten. Das ist richtig. Aber etwas merkwürdig klingt sein Wort, die Deutschen hätten damit auf die Idee der Revanche verzichtet. „Revanche“ ist ein französisches Wort und heißt auf deutsch „Rache“. Vor allem ist Revanche aber auch ein französischer Begriff, der in Deutschland niemals ein Echo gefunden hat oder findet. Was alle Deutschen, nicht bloß die Deutschenationalen, wollen, das ist nicht Rache, sondern Wiederherstellung des verletzten Rechts. Darum ist der Versailler Vertrag für alle Deutschen zwar formaler Rechtszustand, aber im höheren Sinne moralisches Unrecht.

Die Pariser Presse zu Briands Ausführungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Paris, 28. Februar. Auf der Rechten ist man über die Ausführungen Briands im Petit Parisien ziemlich ungehalten. Man nennt sie ein Pfäböver einer Transpolitik und eine neue

Rußlands Antwort an England

Englandsfeindliche Kundgebungen in Rußland.

Nach einer Meldung der russischen Telegraphenagentur hat die Sowjetregierung dem englischen Geschäftsträger in Moskau die Antwort auf die Note Englands überreichen lassen, in der die englische Regierung mit dem Abbruch der Beziehungen drohte, falls die russische Agitation gegen England in China nicht aufhören sollte. Der Text der Note wird demnächst veröffentlicht werden.

Welche Stimmung in Rußland gegen England besteht, geht deutlich aus einer Moskauer Meldung der „British United Press“ hervor, nach der in allen russischen Städten englandsfeindliche Kundgebungen stattgefunden haben. Es wurden Entschlüsse angenommen, in denen die Arbeiter der Welt aufgefordert werden, gegen den britischen Imperialismus gemeinsam Front zu machen. „Evening Standard“ veröffentlicht eine weitere Meldung aus Moskau, wonach die Garnisonen von Moskau und Charkow Entschlüsse angenommen haben, in denen erklärt wird, daß die Rote Armee bereit sei, einen Angriff Englands abzuwehren. Die Regierung wird aufgefordert, der Krangung Englands mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten. Die „Pravda“ veröffentlicht einen Artikel, der den Abbruch der diplomatischen und Handelsbeziehungen mit England fordert.

Die „Iswestija“ veröffentlichte kommentierende Ausführungen ihres Londoner Berichterstatters zu der neuesten englisch-russischen Spannung. Es heißt darin: es sei heute schwieriger denn je, auch nur für die nächste Zukunft irgend etwas mit Sicherheit vorauszusagen, denn die Wäfler, auf welcher die englisch-russischen Beziehungen aufgebaut sind, sei mehr als schwach. Wenn es entgegen allen Erwartungen doch noch zum vollständigen Bruch kommen sollte, so wäre das nach Meinung des Berichterstatters ein drohendes Vorzeichen nicht für die Sowjetunion, sondern für England, denn ein solcher Bruch wäre nichts anderes als „ein Produkt blinder Wut, welche die Stimme der Vernunft ersticht“.

Ermutigung für die Deutschen, die vorzeitige Räumung des besetzten Gebietes zu verlangen. Die Linke dagegen lobt Briands energische Haltung.

Der rechtsstehende „Gaulois“ erklärt, daß man gefoht sein müßte, daß Deutschland die Ersetzung der französischen Truppen im Saargebiet durch eine 800 Mann starke internationale Besatzung und die vorzeitige Rheinlandräumung im März in Genf verlangen werde.

Die royalistische Action française macht Briand den Vorwurf, daß er seinerzeit den Völkerverbund als eine tote Geburt bezeichnet habe und ihn nunmehr verteidige.

Am schärfsten wendet sich das konservative Journal de débats gegen Briand. Es bezeichnet die Ausführungen Briands ohne Zweifel als Einleitung zu der Märztagung des Völkerverbundes. Es fragte sich aber, ob es richtig sei, daß Briand diese Erklärungen abgegeben hat. Nach den deutschen Pressekommentaren zu urteilen, müsse man dies verneinen. Briand irre, wenn er meine, daß der Berliner Zusatzvertrag zwischen Stresemann und Tschitscherin ohne Bedeutung wäre. Man könnte höchstens sagen, daß die deutsche Regierung gegenwärtig sich mehr dem Westen als mit dem Osten befaße. Unter dem Einfluß Englands und des Heiligen Stuhles wolle das Kabinett Mars seine bösen Absichten gegen Polen weiter entwickeln. Im übrigen habe sich Marx beüht, zu betonen, daß der Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen sein endgültiger sei.

Auch das Organ der Patriotenliga, das Echo de Paris, bekämpft die Ansicht Briands, daß sich Berlin und Moskau getrennt habe. Das Verhalten des deutschen Militärs in der Frage der Anlagen bei Königsberg beweise deutlich, daß zwischen Berlin und Moskau geheime Militärverträge bestünden. Auch habe Deutschland weder im Osten noch im Westen auf die Revanche verzichtet. Das Blatt Caillanz, die Volonte, weist darauf hin, daß alle deutschen Parteien ohne Unterschied mit Aufrichtigkeit den Willen des deutschen Volkes betonen, der Locarnopolitik treu zu bleiben. Hochsch und Breitschid hätten betont, daß die deutsch-französische Eintracht die Grundlage für ein neues Europa bilden müsse.

Die „Revue“ weist darauf hin, daß Frankreich zurzeit der Mittelpunkt eines mächtigen Bündnisystems sei. Die früheren Feinde Frankreichs haben den Wunsch geäußert, mit Frankreich zusammenzugehen. Briand und seinen Vorgängern Perrot und Painleve müsse man danken, daß sie das Gepein des Krieges verheuchelt haben.

Im Dienste der Wahrheit. Der Abschluß der Aktienpublikation.

Reichspräsident, Reichskanzler und Reichsaußenminister zur Kriegsschuldfrage.

Der Abschluß der Aktienpublikation des Auswärtigen Amtes über die Entstehung des Weltkrieges veranlaßte den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichs-

England befiehlt chinesisches Hoheitsgebiet

Zuspehung der Lage in Shanghai.

Nach Meldungen aus Shanghai haben die englischen Truppen, die zum Schutze der englischen Niederlassungen in Shanghai aufgestellt worden waren, die Grenze der Fremdenniederlassungen überschritten und die Gegend des Jieshi-Park besetzt, das bereits auf chinesischem Hoheitsgebiet liegt. Dadurch hat die Lage in China eine neue Zuspehung erfahren. Der Schritt der Engländer wird denn auch schon von chinesischer Seite als offener Völkerverstoß bezeichnet. Eine Vereinigung zwischen Nord- und Südhina scheint bevorzustehen, um gemeinsam gegen England vorzugehen.

Nach Berichten aus Hankau ist die englandsfeindliche Stimmung noch immer im Wachsen begriffen. Den Engländern ist geraten worden, sich nicht auf den Straßen zu zeigen. In London bespricht man die Frage des Oberkommandos über die internationalen Truppen im Falle eines Zusammengehens der Truppen. Man glaubt, der Senior unter den Kommandanten werde sowohl zu Lande wie zu Wasser den Oberbefehl übernehmen, wie es seinerzeit bei dem Boxeraufstand geschah.

Chinesische Einheitsfront gegen England?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Shanghai, 27. Februar. Der Führer der Südruppen, Marschall Tschanolschek, hat eine Proklamation erlassen, mit dem Befehl, auf keinen Fall die Schantungstruppen, die Shanghai besetzt halten, anzugreifen, da die diplomatischen Verhandlungen über die Vereinigung von Nord- und Südhina zu gemeinsamer Front gegen England vor den Abschluß stünden.

außenminister zu folgenden Äußerungen über die Bedeutung des Werkes.

Der Reichspräsident von Hindenburg schreibt: „Wir haben die politischen Geheimnisse unserer Vergangenheit enthüllt, um der Wahrheit über die Entstehung des Weltkrieges zum Siege zu verhelfen. Unsere Aktienpublikation ist ein offenes Bekenntnis an die Welt. Wir erwarten heute eine ebenso offene Antwort der Welt auf dieses Bekenntnis.“

Reichskanzler Dr. Marx äußert sich: „Der hohe Gedanke der Völkerverständigung kann auf geistigem Gebiete durch nichts so stark und nachhaltig gefördert werden, als durch unbedingte Aufrichtigkeit über jene Vergangenheit, die Europa in zwei feindliche Lager zerrissen hat. Haß, Verleumdung und Mißtrauen, diese bittersten Feinde aller Einheit, können nur dadurch bezwungen werden, daß ihre letzten Wurzeln, die politischen Gegensätze, bloßgelegt und unparteiisch beleuchtet werden. Wir sind durch unsere Aktienpublikation, die jetzt beendet vor uns liegt, auf dem Wege zur geistigen Annäherung der Nationen vorangegangen. Denn wir sehen uns aufrichtig nach wahren Frieden und nach Befreiung der Menschheit von den dunklen Mächten, die die Katastrophe von 1914 herbeigeführt haben.“

Reichsaußenminister Dr. Stresemann bemerkt: „Wie ich schon erklärt habe, sind wir Deutschen bereit, uns jedem unparteiischen Gerichtshof zu stellen, der die Ursache des Weltkrieges untersucht und deshalb will, daß die Wahrheit ermittelt werde. Die Aktienpublikation des Auswärtigen Amtes enthält das deutsche Material für einen solchen Gerichtshof. Sie ist zugleich für uns die wichtige Quelle zur Widerlegung der gegen das deutsche Volk ausgesprochenen Anklagen. Denn jeder, der sich in ihren Inhalt vertieft, wird die Überzeugung gewinnen, daß Deutschland keineswegs, wie man ihm vorgeworfen hat, den Krieg böswillig betriebe oder absichtlich entfesselt hat.“

Die Bedeutung des großen Aktienwerkes des deutschen Auswärtigen Amtes wird durch die Äußerungen der Reichsleitung besonders wirkungsvoll hervorgehoben. Sie befinden sich in einer demnächst erscheinenden Schrift „Im Dienste der Wahrheit“, die der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände zum Abschluß der Aktienpublikation des Auswärtigen Amtes herausgibt.

Die Schuld am Weltkrieg.

Senator Owen zur Kriegsschuldfrage.

Amerikanische Blätter veröffentlichen unter der Überschrift „Frankreich und Rußland haben den Weltkrieg begonnen“ ein Interview mit dem früheren Senator Owen. Dieser erklärt in der Unterredung u. a.: Frankreich und die zaristische Regierung in Rußland haben den Ausbruch des Weltkrieges verschuldet. Die Grundlage zu dem Kriege bildete der französisch-russische Geheimvertrag vom